

Krakauer Zeitung.

Nr. 118.

Mittwoch den 25. Mai

1864.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsbüchlein für die viergesaltene Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigebüchlein für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Badweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 488.

Für die Verwundeten unserer in Schleswig kämpfenden Armee sind erneuert eingegangen:

Durch Vermittlung des Krakauer hochwürdigsten Consistoriums Pfarre St. Florian in Krakau 6 fl., Pfarre Nowagóra 11 fl., Pfarre Jaworzno 11 fl., Pfarre Bobrek 3 fl., Pfarre Giebulow 2 fl. 10 Kr., Pfarre Bolechowice 2 fl., Pfarre Zielonki 90 Kr., Pfarre Janutka 1 fl., Pfarre Expofit

Kwiatkowski 1 fl., zusammen 38 —

Bezirksamtsbeamten in Kalwarya 10 —
Bezirksamt in Ulanów 22 —

Beim Bezirksamte Andrychau ein Ungenannter 10 fl., Moritz Unger und Israel Israeli je 3 fl., Bezirksvorsteher Stapa 2 fl., Steuereinnnehmer Kratochwil und Adjunct Egierski je 1 fl., zusammen 20 —

Beim Bezirksamte Oswiecim Nordbahn-Ingenieur Martin Lasko und Maschinenführer Soenger je 2 fl., Ingenieur-Assistent Nowacki, Expedito Rogoziński, Konstantin Slesarski, Aron Silberstein, R. Schmelz und Postmeister Niedzielski je 1 fl., in kleineren Beträgen 6 fl. 50 Kr., zusammen 16 50

Zur Hälfte für die Verwundeten, zur Hälfte für den Gablenzfund: Jasloer Bezirksvorsteher Mayerberg und Actuar Koralewski je 3 fl., Adjunct Morowski 2 fl., Adjunct Nieniczka, Actuar Nawrocki und Actuar Sorg, Auscultant Wisniewski, Bezirksamts-Canzellisten Fajara, Zeydel, Czajka, Michalski, Steuereinnnehmer Riess je 1 fl., in kleineren Beträgen 2 fl., zusammen 19 —

Krakauer Bezirksamts-Adjunct Ludwig Smolarski 3 —

Von Beamten der Bochniaer f. t. Galinen-Direction: Kassier Capelli 2 fl. 50 Kr., Controllor Kupferschmied 1 fl., in kleineren Beträgen 1 fl. 40 Kr., von den Bergarbeitern 5 fl. 10 Kr., zusammen 10 —

Für den Gablenzfund:
Durch das Brzeskoer Bezirksamt von den Grundherren Grafen Beit Zelencki und Johann Götz zu 10 fl., Statthaltereirath Wangermann und Bezirksvorsteher Kulikowski je 2 fl., Pfarre Stopa, Notar Ramult, Bezirksactuar Lepsz und Krause, Steuereinnnehmer Lauschmann, Finanzwach-Commissär Hofmann, Steuereinnnehmer Slezkowski, Tabakverleger Zawnicki, Gemeindevorsteher Studzienny je 1 fl., Gerichts-Auscultant Hruszkiewicz 1 fl. 20 Kr., Gemeindevorsteher Florenz und Grauer 1 fl. 50 Kr., in kleineren Beträgen 1 fl. 95 Kr., zusammen 37 65

Zusammen 176 15
Dazu von früheren Sammlungen 1530 —

Summe 1706 15
ferner 1 Obligation zu 100 fl., 39 fl. 28 Kr. in Silber, 40 Thlr. 23 Gr. 3 Pf. Cour.
Krakau, am 23. Mai 1864.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 25. Mai.

Herr von Beust ist vorgestern vom Kaiser Napoleon und Drouyn de Lhuys empfangen worden. Als allgemeine Ansicht der befreundeten Kreise meldet ein Pariser Correspondent der „R. Ztg.“: „Frankreich, der deutsche Bund, Preußen, und zögernd auch Oesterreich, seien jetzt übereingekommen, die Candidatur des Herzogs Friedrich VIII. von Augustenburg zu unterstützen, der nach geschehener Abstimmung — sei es nun durch Suffrage universel oder auf sonst andere Weise — Holstein wie Südschleswig bis jenseits des nördlichen Abhanges der Dannewirke — Stellung in Besitz nehmen solle, während der Rest Schleswigs zu Jütland und so definitiv der dänischen Monarchie einverleibt würde.“

Herr v. Beust, schreibt man der „R. V. Z.“, konnte keinen freundlicheren Empfang erwarten als den, welcher ihm in der Form eines verbindlichen und deutschfreundlichen Artikels im „Constitutionnel“, (wir haben seiner gestern erwähnt), zu Theil wurde. Der Minister des Auswärtigen, dessen dänische Sympathien bekannt sind, hatte sich der Veröffentlichung solch eines Artikels widersetzt. Der Kaiser aber hatte den Artikel persönlich bestellt und auf seinen Befehl ist er auch publicirt worden. In einem anderen Pariser Schreiben der „N. Z.“ wird ebenfalls mit großer Bestimmtheit behauptet, daß der Kaiser sich in Opposition gegen die dänischen Sympathien seiner Umgebung und auch seiner Räte befindet. Uebrigens, heißt es weiter, läßt es Dänemark nicht an Thätigkeit in seinem Interesse hier fehlen, überall rühren sich dänische Federn; man sagt, Graf Moltke-Hauptfeld sei abberufen, weil er nicht thätig genug — hier meint man, daß nie ein Gesandter eine so rührige Thätigkeit entfaltet habe. In diesem Augenblicke will man dänischerseits durchaus eine „Manifestation“ für Dänemark zu Stande bringen und läßt mit den Chef-Redacteurs der Journale „Siede“, „Patrie“ und „Opinion nationale“ unterhandeln, ob sie nicht eine Sammlung für die verwundeten dänischen Soldaten mit dem gehörigen Glanz ins Werk setzen können. Die Herren wären gewiß auch nicht abgeneigt, aber als gebrannte Kinder scheuen sie das Feuer; sie haben jüngst erst mit ihrer Subscription für die verwundeten Polen gar zu schmachvoll Fiasco gemacht.

Nach der „Bank- und Handelsztg.“ sei der erste Zweck Beust's in Paris die Angelegenheit des Handelsvertrages.

Nach einem Londoner Schreiben der „Presse“ ist die Angabe, Oesterreich und Preußen hätten auf der letzten Konferenz durch ihre Bevollmächtigten ihre völlige Loslösung vom Londoner Tractat erklärt, nur theilweise richtig. Denn von einer Loslösung sei nicht die Rede, die deutschen Großmächte haben bloß erklärt, daß sie sich durch die Stipulationen des Tractats nicht mehr für gebunden erachten. Eine Loslösung, förmlich ausgesprochen, wäre gleichbedeutend mit einer Erklärung, daß die deutschen Großmächte den betreffenden Tractat als Null und nichtig betrachten; wenn sie dagegen erklären, sich durch dessen Stipulationen nicht mehr gebunden zu halten, so sei damit gesagt, daß es künftig von ihrem Ermessen abhängen werde, inwieweit sie besagten Tractat als Basis weiterer Verhandlungen gelten lassen wollen oder nicht. Dieser Deutung nach — welche unter den hier versammelten Diplomaten die allgemeine sei — wäre somit das Ueberbordwerfen des Tractats nur erst eine in Aussicht gestellte Entschlieung, nicht aber eine vollendete Thatsache. Wichtig bleibe diese Erklärung der Großmächte bei allem dem, und sie war es, welche der Hauptstoff für die Discussion der letzten Sitzung abgegeben hat. Daß aber außerdem die Vertreter der deutschen Großmächte ihre Forderungen als Programm formulirt vorgelegt hätten, wird in Abrede gestellt werden. Ueber ein solches hätten sich trotz der sehr lebhaften tel. Correspondenz am Anfang dieser Woche die Cabineten von Wien und Berlin noch nicht einigen können. Ihr ganzes Programm bestand in der eben angegebenen Negation, welche als keine unbedingte angesehen werden darf; positive Forderungen, regelrecht formulirte Friedensbedingungen haben sie nicht vorgelegt, und somit war die Mittheilung, daß kein weiterer erfolgreicher Schritt zur Lösung geschehen sei, eine vollkommen berechtigte. Bis zur nächsten Sitzung, meint der „Corr.“, einigt man sich hoffentlich in Wien und Berlin über ein positives Programm, denn besser wäre es gewiß, wenn von dort aus statt von den Neutralen die Initiative ergriffen würde. Letztere würden zuversichtlich den Londoner Tractat als Basis ihrer Vermittlungsvorschläge festhalten, und in diesem Punct drohet uns

von russischer Seite noch größere Fähigkeit als von England, da man sich in London mit dem Gedanken einer schleswigischen Nationalitäten-Scheidungslinie schon ziemlich stark zu befreundet anfängt. Allerdings noch immer mit dem Hintergedanken der Personal-Union, aber je länger in Preußen Ausrückungsgeanken spüden, desto günstiger werden die Chancen des Augusteaburgers. Denn das Eine steht fest, daß sämtliche Betheiligte einig in dem Einen sind, Preußen keinen Gebiets-Zuwachs und so wenig Machtzuwachs als nur möglich zu gestatten.

Von einem anderen Correspondenten erhält die „Presse“ folgende Mittheilungen: Die deutschen Blätter, welche relativ am besten über die in der letzten Sitzung der Conferenz vorgelegten österreichisch-preussischen Friedens-Propositionen unterrichtet waren, haben dennoch eine Version gebracht, welche die große Ausdehnung dieser Ansprüche der deutschen Großmächte unrichtig und ungenügend bezeichet. Die „staatliche Unabhängigkeit“ der Elbe-Herzogthümer, wie solche zwischen Oesterreich und Preußen vereinbart wurde, ist in der Conferenz keineswegs mit dem Ausdruck „autonomie politique“, sondern mit der Bezeichnung „indépendance politique“ als Anforderung geltend gemacht worden. Autonom sind z. B. die Donaufürstenthümer; unabhängig aber jetzt eine so durchgreifende Abtrennung voraus, daß man — besonders in Verbindung mit dem weiteren Vorbehalt in Betreff der Successionsfrage — wohl kaum noch irgend einen politischen Nexus zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein in diese Formulirung wird hineindemonstriren können oder wollen. Somit dürfte es mehr als gewagt sein, wollte noch immer behauptet werden, die beiden deutschen Großmächte erstrebten in erster Linie die Personal-Union. Es ist weder das Wort, noch der Begriff auf der Conferenz von ihnen vorgebracht worden. Da unsere englischen Minister zu allen Concessionen eher entschlossen sind, als daß sie irgend Vergrößerungen Preußens zugeben würden, auch darüber den fremden Bevollmächtigten gegenüber sich entschieden aussprechen, so sind es, bei der jetzigen diplomatischen Verhandlung zwischen den Conferenzzugungen, vorzugsweise die österreichischen Bevollmächtigten, welche in erster Linie die deutschen Rechtsansprüche vertreten. Sie werden hierbei von den preussischen Bevollmächtigten unterstützt, welche den österreichischen Collegen eben wegen des Verdachtes gegen selbstthätige Absichten Preußens, welche in der Conferenz vorbereiten, gerne den Vortritt lassen. Hat doch sogar der schwedische Special-Bevollmächtigte, Graf Wachtmeister, sich abfällig über den Gedanken einer Personal-Union geäußert, und auf die Bemerkung, wie der Vertreter der durch bloße Personal-Union verbundenen Königreiche Schweden-Norwegen mißachtend über ein solches Verhältniß sich aussprechen könne, mit skandinavischer Naivität erwidert: Das sei ganz ein anderes; Dänemark könne über die deutschen Besitzungen nur herrschen, oder müsse ihnen entsagen! So ist man denn überaus gespannt auf die dänische Einberung in der nächsten Conferenzzugung (28. d.). Einfach abweisen, ohne irgend Gegen-Propositionen zu machen, welche als erste weitere Concession angesehen werden mögen, werden die Dänen voraussichtlich nicht. Es ist ihnen nicht vorenthalten worden, daß sie damit — ungeachtet alles Geschreis der engl. Presse — selbst die moralische Unterstützung dieses großen Interesses verweigern würden. In eingeweihten Kreisen wird versichert, Königin Victoria habe die Dänenliebe und den Kriegsmuth eines Theiles ihres Ministeriums bedeutend durch die ziemlich durchsichtige Drohung abgekühlt, geeignetenfalls Hr. Gladstone in Verbindung mit den Manchesterleuten zur Bildung eines Ministeriums zu berufen. Damit wäre dem Treiben der Whigs, zumal mit dem der Tories — wahrscheinlich schon für längere Zeit — ein Ende gemacht.

Nach dem „Courrier du Dimanche“ haben Preußen und Oesterreich ihren Rücktritt von dem Londoner Protocol durch folgende drei Punkte motivirt: 1. daß der Vertrag von 1852 niemals vom deutschen Bunde bestätigt worden war; 2. daß er nicht den Ständen der Herzogthümer behufs ihres Beitrittes unterbreitet worden war, und 3. endlich, daß die Verzichtleistung des Herzogs Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg nicht die Erbfolgefrage erledigte.

Ein Pariser Telegramm der „Presse“ vom 23. d. meldet: Man versichert, England werde in der nächsten Conferenzzugung die Unhaltbarkeit des Londoner Vertrages und der dänischen Integrität anerkennen.

Ein Privattelegramm des „Wanderer“ aus Paris vom 23. d. meldet: Frankreich und England haben sich über das in der nächsten Conferenzzugung

gemeinsam vorzulegende Vermittlungsprogramm vollständig geeinigt, wonach sie unter absoluter Verwerfung der Nationalunion den Vertrag von 1852 nicht mehr aufrecht zu halten sich bereit erklären, und die Vereinigung Holsteins und Südschleswigs bei gänzlicher Trennung von der Krone Dänemarks proponiren.

Ueber die voraussichtliche Haltung Dänemarks verlautet nichts Bestimmtes. Die dänisch gestimmte „Indépendance“ versichert, daß es von vornherein jede Lösung zurückgewiesen habe, die die Souveränität der dänischen Krone auch nur über eine Scholle jenseits der Eider in Frage stellen sollte. Dänemark werde bis zum 28. gewiß nicht nachgegeben haben.

Ein Pariser Corr. der „Köln. Ztg.“ schreibt: Es liegen mir merkwürdige Mittheilungen aus Kopenhagen vor. So fecht man dort noch auftritt, so sehr fängt man zu fürchten an, daß selbst Nord-Schleswig Dänemark nicht erhalten bleibe. Auch fehlt es nicht an Reactions-Elementen gegen das Eiderministerium, dem der ruhigere Theil der Bevölkerung Schuld an allem Unglück gibt.

Wir haben kürzlich nach norwegischer Quelle (Morgenbladet in Christiania) eine Mission besprochen, womit im Namen König Karls vermeintlich der Hofbibliothekar, Herr v. Quanten, an den König Christian IX. von Dänemark betraut gewesen, und die nichts Geringeres zum Zweck gehabt haben soll, als die Errichtung eines Unions-Parlaments für alle drei nordischen Reiche und die gemeinsame scandinavisch-constitutionelle Autorität mit Beziehung auf die Angelegenheiten der auswärtigen diplomatischen Vertretung, des Heeres und der Flotte. Alles jedoch unter Voraussetzung des fortgesetzten Bestehens der resp. in Schweden-Norwegen und in Dänemark herrschenden Dynastien. Die minder scandinavische Nyadagligt Allehanda bezweifelt die Richtigkeit dieser Mittheilung. Wohl habe Herr v. Quanten jüngst ein paar Mal Kopenhagen besucht, gleichwie er auch der hohen Person Sr. Majestät sehr nahe stehe, allein dies berechtigt nicht dazu, etwas Derartiges zu vermuten. Wenn etwas dem vorliegenden Bericht Entsprechendes zur Sprache kommen sollte, dürfte nicht Schweden die Initiative ergreifen, da es nicht Schweden sein kann, welches eine derartige Vereinbarung bedarf, oder behufs Erzielung einer solchen versteckte Wege einzuschlagen brauchte. Derjenige, welcher das größte Verlangen empfindet, wird die Initiative handhaben müssen. Das Einzige, was an der ganzen Geschichte wahrscheinlich ist, ist, daß die dänische Regierung für den Fall eines derartigen Vorhabens mit Ja antworten würde. Selbst will dieselbe aber keine Initiative ergreifen, sondern dieselbe Schweden überlassen! Dies beweist, wie die dänische Regierung die Sache auffaßt. Unter solchen Umständen dürfte es rathsam sein, dies ganze Project ad acta zu legen.

In Berliner Berichten vom 23. d. wird hervorgehoben, daß bei dem den Duppier Stürmern von den Prinzen des königlichen Hauses gegebenen Essen auch der russische und französische Militärbevollmächtigte anwesend waren.

Die „Kreuzzeitung“ polemisiert gelegentlich der Mittheilung der Erklärung des Herzogs Friedrich gegen dieselbe. Die „Kreuzzeitung“ sagt: Es ist in der That sonderbar, daß der Erbprinz der Conferenz gegenübertritt mit diesem Actenstück, welches doch in der That lediglich diese Vorfälle hinzuzufügt zu der Behauptung, daß er der Erbe von Holstein und Schleswig sei, ohne diese Behauptung irgend zu begründen. Sind seine Ansprüche rechtlich begründet und bewiesen, so wird ihm die Anerkennung gewiß nicht fehlen, und zwar ohne alle Vorfälle und ohne suffrage universel. Sonderbar ist es auch, daß Se. Durchlaucht den jetzigen Krieg kurzweg einen Erbfolge-Krieg nennen; die ihn begonnen und geführt, haben ihn niemals so bezeichnet, sondern bekanntlich ganz andere Gründe und Ziele kundgegeben. Der Prinz irrt sehr, wenn er meint, für sein Recht hätten Preußen und Oesterreich zum Schwert gegriffen. Waren Se. Durchlaucht aber doch dieser Meinung, nun gut, dann hätten — wir müssen es nun doch wiederholen! — Sie wenigstens eintreten mögen in die gegen Dänemark kämpfende Armee, was Se. D. als preussischer Major so leicht vermöchten, wenn auch die Herzogthümer selbst allerdings keine Gelegenheit erhalten konnten, zur Theilnahme an dem Kampfe, in den sie uns bekanntlich damals — kaum wollten hineinziehen lassen.

Wie erzählt wird, hatte während der Anwesenheit des Königs Wilhelm in Schleswig der Herzog von Augustenburg um eine Audienz nachgesucht. Der König ließ dem Herzog sagen, er würde für ihn noch nicht empfangen, erst wenn er sich vom Londoner Protocol losgesagt hätte.

